

Der auf Annahme in einer geänderten Fassung zielende Änderungsantrag entfernt sich inhaltlich am weitesten vom ursprünglichen Antrag. Ich lasse daher zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Falls dieser abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2101 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt worden. Dem Änderungsantrag wurde also nicht gefolgt.

(Zuruf von der CDU: Die SPD auch?)

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/1513 in geänderter Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich?

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU]: Das war sehr gemischt!)

- Für uns war das übersichtlich. Das war eine große Mehrheit für die Beschlussempfehlung. Ich stelle dies als Ergebnis fest.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Punkt 15.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/1932 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit.

Damit kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 22:**

Erste Beratung:

Einzelbetriebliche Investitionsförderung nach Kassenlage gefährdet den Wirtschaftsstandort Niedersachsen - Unternehmen benötigen mehr Fördermittel und Planungssicherheit - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2074

Eingebracht wird dieser Antrag von Herrn Will von der SPD-Fraktion.

(Unruhe)

- Herr Will, einen kleinen Moment noch! Lassen Sie uns zunächst noch ein wenig mehr Ruhe ein-

kehren. - Es ist prima, wenn Sie jetzt den Saal verlassen.

(Heiner Bartling [SPD]: Alle?)

Herr Will, jetzt haben Sie nur noch aufmerksame Zuhörer. Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Gerd Ludwig Will (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist ein zentrales Förderinstrument zur einzelbetrieblichen Förderung gerade von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen, ein Instrument, das auch in den Nachbarländern Niedersachsens im Standortwettbewerb eingesetzt wird. Wer dieses Instrument nicht entsprechend nutzt, riskiert Abwanderungen in andere Förderregionen oder hat bei Neuansiedlungen das Nachsehen.

Wegen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise war es richtig, die Mittel und die Fördersätze der einzelbetrieblichen Investitionsförderung mithilfe des Bundes für 2009 deutlich aufzustocken. Vor wenigen Tagen erst hat die Bertelsmann Stiftung andererseits erneut scharf kritisiert, dass Niedersachsen das Schlusslicht bei Investitionen bildet. Die Landesregierung investiert so katastrophal wenig, dass sich nun schon ein echter Standortnachteil entwickelt. Ein Blick in Ihre Finanzplanung belegt, dass es in den nächsten Jahren nicht besser, sondern schlechter wird. Sie planen, 2013 gerade einmal 5,7 % für Investitionen zu verwenden. Das ist blamabel.

Die Aufstockung der Mittel 2009 war richtig zur Standortpflege, aber auch wichtig für Neuansiedlungen. Folgerichtig sind die Unternehmen der niedersächsischen Wirtschaft dem Aufruf der Landesregierung gefolgt und haben Investitionen geplant, die Finanzierung mit ihren Hausbanken verhandelt und dann Anträge an das Land auf Förderung gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die kommunalen Wirtschaftsförderer und die Unternehmen wurde dabei das Antrags- und Vergabeverfahren bis Ende September durch die NBank und das Wirtschaftsministerium zusätzlich angeheizt nach dem Motto „Stellt Anträge, komplettiert die Anträge, damit sie zügig beschieden werden können“. Das geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem allen Beteiligten, Herr Wirtschaftsminister, längst klar sein musste, dass gar nicht mehr alle Anträge

positiv beschieden werden konnten. Denn der Topf war damals schon völlig überzeichnet.

Wie rettet man sich aber am einfachsten über einen Wahltermin? - Durch Versprechen und durch Anscheinserweckung.

Meine Damen und Herren, dann folgte die Einplanungsrunde am 23. November 2009. Plötzlich stehen - oh Wunder - nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung. Es werden nur noch Anträge mit hoher Punktbewertung berücksichtigt. Denn zur Überraschung aller Beteiligten ist plötzlich ein undurchschaubares Bewertungssystem eingeführt worden. Daher werden längst nicht mehr alle entscheidungsreifen Anträge berücksichtigt, sondern Hunderte auf das Jahr 2010 vertagt. Dagegen finden nur noch Einzelbewilligungen bis Ende Dezember 2009 statt.

Und was macht das Wirtschaftsministerium? - Es verschärft bei beantragten Projekten, die auf die nächste Einplanungsrunde vertagt wurden, die Förderkriterien erheblich. Es wird eine Mindestpunktzahl bei der Bewertung der Einzelvorhaben vorgegeben. Sie liegt inzwischen bei 140 Punkten. Anträge, die diese Punktzahl unterschreiten, haben plötzlich keine Möglichkeit mehr, geprüft und bewilligt zu werden. Sie werden schlichtweg ausgeschlossen und gar nicht mehr geprüft. Diese neue Vorgehensweise wird den Landkreisen erst mit Schreiben vom 7. Dezember 2009 mitgeteilt. Zwischenzeitlich werden auch die antragstellenden Unternehmen angeschrieben und informiert.

Was ist nun die Folge für die offenen Anträge? - Gegebenenfalls erfolgt gar keine Förderung mehr, auch wenn entscheidungsreife Anträge bereits 2009 gestellt worden sind. Ab 2010 gelten dann wieder geringere Fördersätze auf dem Niveau des Boomjahres 2008.

Ich will Ihnen hier einige Beispiele nennen. Erstens. In meiner Heimatstadt Nordhorn sind 2009 insgesamt elf Anträge mit einem Investitionsvolumen von 23,5 Millionen Euro gestellt worden. Erwartet wurde eine Gesamtförderung von 2,78 Millionen Euro. Bewilligt wurde nur ein einziger Antrag mit einem Fördervolumen von 93 000 Euro. Alle anderen Anträge hängen derzeit in der Luft - und das monatelang. Die Unternehmen möchten gerne beginnen, aber Sie bremsen sie durch die verschobene Einplanung aus, Herr Minister.

Zweitens. Im Landkreis Grafschaft Bentheim ist in den übrigen Kommunen über fünf weitere Anträge

im Förderungsantragsverfahren ebenfalls noch nicht entschieden.

Drittens. Im Landkreis Leer sind 2009 50 Anträge gestellt worden, von denen über 30 noch nicht entschieden worden ist.

Viertens. In der Stadt Hameln sind nur zwei Anträge bewilligt worden. Fünf Vorhaben wurden abgelehnt, drei wurden auf das Jahr 2010 verschoben.

(Zuruf von der SPD: Skandal!)

Fünftens. In der Stadt Northeim sind bis zum 20. Oktober 2009 von 59 Unternehmen Förderanträge gestellt worden. Im gesamten Jahr 2008 waren es nur 21. Von diesen 59 Anträgen sind bis Ende Oktober allerdings nur 21 Anträge bewilligt worden. Das heißt, über den größten Teil der Anträge ist nach wie vor nicht entschieden. Diese Anträge liegen nach wie vor bei Ihnen im Ministerium bzw. bei der NBank.

Sechstens. Der Landrat des Landkreises Cloppenburg wendet sich wie viele seiner Kollegen zu Recht hilfesuchend an die Landtagsabgeordneten.

Siebtens. Die HAZ kommentiert das Handeln des MW am Heiligabend mit der Überschrift „Fahrlässig“. Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsens, Dr. Volker Müller, wird in dem Artikel wie folgt zitiert:

„Mit dieser Aktion hat das Wirtschaftsministerium den Firmen keinen guten Dienst erwiesen.“

Das ist noch sehr milde ausgedrückt.

(Beifall bei der SPD)

Welches sind nun die Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen? - Die Folge ist eine ungleiche und ungerechte Behandlung der Anträge aus dem Jahre 2009. Im Falle der Genehmigung von Anträgen gelten die erhöhten Fördersätze. Bei den auf 2010 verschobenen Anträgen wird, wenn überhaupt, auf die alten und geringeren Fördersätze des Jahres 2008 verwiesen. Erste Vorhaben sind bereits abgesagt worden. Andere Vorhaben sind infrage gestellt, weil das Vertrauen in eine berechenbare staatliche Wirtschaftsförderung von dieser Landesregierung schändlich missbraucht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Es entstehen Finanzierungsprobleme bei angefangenen Maßnahmen, z. B. bei der Nachfinanzierung, aber auch grundsätzlich. Bei Investitionen

werden die Landesmittel als verlorener Zuschuss regelmäßig Eigenkapitalfunktion bei solchen Finanzierungen einnehmen. Sinkt die Förderquote, so entsteht neuer Finanzierungsbedarf bei den Unternehmen. Erneute Verhandlungen mit den Hausbanken über höhere Fremdfinanzierungsanteile und möglicherweise höhere Zinsbelastungen sind die Folge. Bei den strengeren Förderauflagen, die Sie jetzt entwickelt haben, und der geringeren Förderquote helfen sich die Unternehmen vielfach durch die Absenkung der Investitionen, um die Projekte wenigstens teilweise zu retten.

Meine Damen und Herren, Sie schaffen durch Ihr wahltaktisches Förderchaos nicht nur Verdrossenheit bei den Beteiligten. Sie schädigen auch den Ruf der NBank, der Kommunen und der örtlichen Wirtschaftsförderer, die Ihren Schreiben gefolgt sind und die Unternehmen entsprechend beraten haben. Sie stehen jetzt ebenfalls als unsichere Partner da und müssen sich fragen lassen: Kann man denen überhaupt noch glauben?

Sie missbrauchen das Vertrauen der Unternehmen in Niedersachsen, die mit ihren geplanten Investitionen zum Wachsen der niedersächsischen Wirtschaft beitragen wollen. Ihre Politik ist schlichtweg mittelstandsfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dort, wo Prosperität stattfindet, bremsen Sie sie aus. Ihre Art der Wirtschaftsförderung gefährdet Arbeitsplätze und schafft somit keine neue Beschäftigung.

Nun zu den Aussichten. Schon heute ist absehbar, dass die 60 Millionen Euro, die für 2010 eingeplant sind, in diesem Jahr keinesfalls ausreichen werden. Wenn alle Altanträge aus dem Jahr 2009 aus Fairness und auch deshalb, weil möglicherweise sogar Rechtsansprüche entstanden sind, nach den bereits bewilligten Anträgen positiv beschieden werden, wird der erwähnte niedrige Ansatz schon ausgeschöpft sein. Für neue Anträge im Jahre 2010 würde dann kein Geld mehr zur Verfügung stehen. Fachleute sprechen inzwischen davon, dass sich eine weitere Lücke von 60 Millionen Euro auftut. Sie haben ja aber Ihre Scoringtabelle. Haben Sie vielleicht vor, die Mindestpunktzahl weiter heraufzusetzen, damit möglichst viele Anträge aus der Förderung herausfallen? Am Ende reicht ein Hinweis an die Betriebe auf alternative Fördermöglichkeiten über die NBank mit Niedersachsen-Kredit, Beteiligungsfinanzierung und Landesbürgschaften auf keinen Fall aus. Auf diese Weise treiben Sie die Unternehmen in andere Bundesländer.

Die Wirtschaftspolitik steht im Wettbewerb um die Standorte. Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Fördermittel und die Fördersätze nicht zuletzt wegen des Vertrauensschutzes für die Anträge aus dem Jahr 2009 wieder aufzustocken.

(Beifall bei der SPD)

Das sichert fairen Wettbewerb gegenüber den Unternehmen, die bereits Förderzusagen erhalten haben, und es bindet Unternehmen an Niedersachsen.

Sollten Sie sich nun doch bereit erklären, die Fördermittel aufzustocken, dann warnen wir Sie zugleich davor, die Löcher zu stopfen, indem woanders neue Löcher aufgerissen werden. Es wäre natürlich gut, verstärkt EU-Mittel zur einzelwirtschaftlichen Förderung zu verwenden. Aber auch diese Gelder müssen mit Landesmitteln unterlegt werden. Auch diese Gelder sind bereits verplant.

Meine Damen und Herren, abschließend möchten wir Ihnen den Wunsch nach ein wenig mehr Transparenz bei der Wirtschaftsförderung mit auf den Weg geben. Übertragen Sie die Entscheidung über die Mittelvergabe auch in den sogenannten Einzelfällen vom Wirtschaftsministerium auf die NBank, damit eine Mittelvergabe nach Gutsherrenart in Zukunft verhindert wird! Die knappen Mittel für Wirtschaftsförderung dürfen gar nicht erst in den Geruch kommen, nach Parteibuch vergeben zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Gabriela König das Wort. Bitte sehr!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit gut einem Jahr betreiben wir Krisenbewältigung. Angefangen hat es mit der Finanzkrise. Danach hat uns die Wirtschaftskrise zum Handeln gezwungen. Trotz hoher Belastungen der öffentlichen Haushalte sind immense Mittel in Wirtschafts- und Strukturförderung geflossen. Unsere Haushaltskonsolidierung hat darunter sehr gelitten, aber es hat sich gelohnt. Das zeigt die Flut von Anträgen. Wichtig sind die GA-Mittel. Sie haben eine große Rolle bei der Unterstützung unserer Wirtschaft gespielt. Bei diesen Mitteln gibt es, wie Sie wissen, eine Mischfinanzierung von Bund und Land. Das Konjunkturpaket I hat ein von vornherein finanziell und zeitlich

begrenztes Programm aufgesetzt, das aus Mitteln nicht verausgabter Steinkohlensubventionen die GRW-Mittel erschaffen hat. Das Programm beinhaltet 100 Millionen Euro Barmittel für 2009 und Verpflichtungsermächtigungen für weitere 100 Millionen Euro für 2010 und 2011, hälftig für die alten Länder, was zusätzliche 30 Millionen Euro für Niedersachsen bedeutet. Damit standen uns wie in den Vorjahren 60 Millionen Euro sowie 60 Millionen Euro aus den eben genannten GRW-Mitteln zur Verfügung. Das waren schon einmal doppelt so viele Mittel wie in den Vorjahren. Hinzu kamen 105 Millionen Euro aus EFRE zur Verstärkung der Krisenbewältigung. Wer meint, wir könnten 225 Millionen Euro an Fördermitteln fortlaufend in den Haushalt einstellen, sollte sich in der Debatte über eine Erhöhung der Neuverschuldung oder die Konsolidierung des Haushaltes ganz still verhalten.

Ich finde es sehr bemerkenswert, wenn hier von Bewilligung nach Kassenlage gesprochen wird. Was stellen Sie sich eigentlich vor? Soll die finanzielle Möglichkeit für eine Förderung kein Kriterium für Fördermaßnahmen sein? Es ist doch wohl unstrittig, dass Niedersachsen Spitze bei der Umsetzung der Konjunkturpakete ist. Es gibt Länder, die die Mittel zurückzahlen müssen, weil sie sie nicht binden konnten.

Meine Damen und Herren, wir haben in einem Höchsttempo 460 Förderfälle bewilligt und dadurch bei mehr als 400 Unternehmen eine Investitionssumme von ca. 1 Milliarde Euro nur im Fördergebiet akquiriert.

(Zustimmung bei der CDU)

Weitere Mittel aus dem kommunalen EFRE-KMU-Programm kommen hinzu. Damit hat Niedersachsen etwa 3 000 neue Arbeitsplätze gefördert und 10 000 erhalten.

Meine Damen und Herren, unsere Investitionen und Unterstützungen verdienen es nicht, schlechteredet zu werden. Sie, meine Damen und Herren, gefährden mit Ihren Argumenten den Wirtschaftsstandort Niedersachsen, der sich außerordentlich gut entwickelt hat.

Nun zu den angeblich nicht erteilten Bewilligungen. 800 Unternehmen haben 2009 bei der NBank um Förderung ersucht. Von schließlich 560 bewilligungsfähigen Anträgen - bei vielen waren die Unterlagen schlicht unzureichend - konnten 414 dotiert werden.

(Glocke des Präsidenten)

145 wurden geschoben, aber nicht abgelehnt. Einige sind noch im Entwicklungsstadium. Dies kann vier bis zehn Monate dauern, und daraus resultiert nicht immer eine zustande kommende Finanzierung durch die Banken und somit auch nicht immer eine Förderung. Also ziehen Unternehmen zwischenzeitlich auch Anträge zurück. Unsere Förderung führt nicht in jedem Fall oder bei jedem Antrag zur Bewilligung.

Jeder muss wissen, dass eine Förderung nicht Grundlage einer Finanzierung sein darf, also nicht Gegenstand einer Investition.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Kollegin König, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Aller?

Gabriela König (FDP):

Bitte jetzt nicht. - Das unternehmerische Risiko ist und bleibt in den Unternehmen. Das werden wir dort auch belassen.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau König, auch Frau Emmerich-Kopatsch versucht, eine Zwischenfrage zu stellen. Möchten Sie das zulassen?

Gabriela König (FDP):

Im Moment bitte nicht. - Es ist auch nicht richtig in Ihrer Darstellung, dass Wirtschaftsförderungsämter noch im September aufgefordert wurden, weitere Unternehmen einzuwerben.

(Glocke des Präsidenten)

Schon im August 2009 wurde allerdings darauf hingewiesen, dass eine Deckelung der Höchstdörsätze - - -

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Gabriela König (FDP):

- - - 2010 erfolgen wird und die Fördersätze auf die Höhe der Vorjahre zurückgeführt werden. Auch die Veränderung der Bepunktung, die Sie hier kritisieren, ist in den Vorgaben der EU-Beihilfekommision vorgegeben. Die NBank hat sich fantastisch in unserer Wirtschaft entwickelt, seit sie auch noch Programme der KfW übernommen hat.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Sie müssen zum Schluss kommen, Frau König!

Gabriela König (FDP):

Sie hat im Moment 1,3 Milliarden Euro Fördersumme insgesamt.

(Der Präsident schaltet der Rednerin das Mikrofon ab)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Jetzt hat sich Herr Kollege Will zu einer Kurzintervention gemeldet. Herr Kollege Will, bitte sehr!

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau König, mich wundert schon, dass Sie immer in der dritten Person reden wie zu Zeiten Friedrichs des Großen. Ich denke, Sie sind Mitglied des Parlamentes und nicht Mitglied der Landesregierung. Vielleicht erklären Sie einmal für die FDP-Fraktion, was Sie eigentlich wollen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Wenn Sie sagen, 460 sind gefördert worden, dann würde mich einmal interessieren: Wie viele sind denn vertagt worden?

(Gabriela König [FDP] und Professor Dr. Dr. Roland Zielke [FDP]: 145!)

Wie lange dauert diese Vertagung? Wie viele Unternehmen haben ihre Anträge zurückgezogen, weil sie nicht gefördert worden sind? Wie viele Investitionsmaßnahmen sind inzwischen eingestampft worden? - Das ist doch die andere Seite der Medaille bei der Art und Weise, wie Sie Wirtschaftsförderung hier in Niedersachsen betreiben!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was sagen Sie den Unternehmen, wenn sie den Bescheid bekommen, dass nicht gefördert werden kann oder die Entscheidung vielleicht erst zehn Monate später fällt?

(Gabriela König [FDP]: Die sind doch teilweise noch in der Prüfung!)

- Sie haben in der letzten Einplanungsrunde eine Menge Anträge gehabt, die entscheidungsreif waren und zu denen alle Unterlagen vorlagen. Sie haben sie ins neue Jahr verschoben, um sie dann

mit geringeren Fördersätzen abzuspeisen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Als nächste Rednerin hat sich Frau Weisser-Roelle von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

Ursula Weisser-Roelle (LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist fürwahr keine gute Woche für die Niedersächsische Landesregierung.

(Professor Dr. Dr. Roland Zielke [FDP]: Eine hervorragende Woche!)

Gestern mussten Sie, Herr Minister Bode, zur Kenntnis nehmen, dass Niedersachsen bei der Investitionstätigkeit im Vergleich der Bundesländer den letzten Platz erreicht hat.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Schlechter geht es nicht!)

Den Vergleich hat nicht etwa ein der Linken nahestehendes Institut vorgenommen - um Ihrer Argumentation zuvorzukommen. Den Vergleich ange stellt hat vielmehr eine weltbekannte Stiftung aus Gütersloh, auf deren Einschätzungen sich die Regierungsparteien sonst immer berufen. Die besagte Studie zeigt: Niedersachsen lahmt, ist Schlusslicht bei Investitionen, ist nur Mittelmaß bei Einkommen, jedoch unrühmlich Spitze bei den Schulden. Das ist in der Tat keine Werbung für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Niedersachsen, Herr Minister Bode.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist aber ein Beleg für eine verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Diese verfehlte Politik haben seit nunmehr sieben Jahre vor allem FDP-Minister - von Herrn Hirche über Herrn Dr. Rösler bis zu Herrn Bode - zu verantworten. Es ist beschämend, dass Niedersachsen bundesweit den letzten Platz bei Investitionen belegt.

Das zeigt sich - um nur einige Beispiele zu nennen - in besonders bedrückender Weise in dem Investitionsstau von über 1 Milliarde Euro bei den Krankenhausinvestitionen.

(Karsten Heineking [CDU]: Das ist doch ein ganz anderes Thema!)

Oder nehmen wir den Zustand niedersächsischer Landesstraßen! Hier werden die jahrelangen Versäumnisse des Landes bei der Sanierung offenkundig. Bevor Sie jetzt dazwischenrufen: Die im Vormonat sprichwörtlich fünf vor zwölf von der Regierungskoalition in den Landeshaushalt 2010 eingestellten zusätzlichen Investitionsmittel für Landesstraßen können hier und da die Lage etwas entspannen. Gewiss ist aber die notwendige Wende auch hier nicht in Sicht. Diese Liste ließe sich noch fortführen.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Aber die Menschen sind zufrieden! - David McAllister [CDU]: Wenn es Ihnen nicht passt, ziehen Sie doch weg!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aus all dem sehen Sie: Die Niedersächsische Landesregierung hat erhebliche Versäumnisse in der projekt- und vorhabenbezogenen Investitionsförderung zugelassen. Sie hat zugleich viele Rückstände und jahrelang ungelöste Probleme in der einzelbetrieblichen Investitionsförderung verursacht.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das hat vor allem zur Folge, dass der Mittelstand, Klein- und Mittelbetriebe und vor allem das Handwerk

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

von einem FDP-Ministerium sprichwörtlich im Regen stehen gelassen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

So sind die Fördersätze von der Landesregierung jetzt, in einer anhaltenden Wirtschaftskrise, wieder auf das Niveau des Jahre 2008 zurückgeführt worden. Das, meine Damen und Herren, ist ein unhaltbarer Zustand.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Weisser-Roelle, einen kleinen Moment, bitte! - Es laufen zu viele Privatgespräche. - Bitte schön!

Ursula Weisser-Roelle (LINKE):

Auf diesen unhaltbaren Zustand gibt der vorliegende SPD-Antrag die richtige Antwort. Denn der vorliegende SPD-Antrag zeigt - analytisch fun-

diert - die Dramatik rückläufiger Fördermittel und Fördersätze auf.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Viele Unternehmen können angesichts der unverantwortlichen Förderpolitik Ihres Hauses, Herr Bode, selbst begonnene Investitionen wegen fehlender Finanzen nicht fortsetzen. Auch notwendige Beschäftigungseffekte bleiben damit gerade jetzt in der Krise auf der Strecke.

Herr Bode und auch Herr Möllring, es ist unhaltbar, Wirtschaftsförderung in Niedersachsen nach Kassenlage zu betreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit schaden Sie dem Wirtschaftsstandort, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmen. Was wir in Niedersachsen aber unbedingt benötigen, ist eine Wirtschaftsförderung, die vollständig und anhaltend finanziert ist und die - das sage ich ausdrücklich - tarifgebunden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die guten Vorschläge aus Ihrem Antrag können aber nur dann dauerhaft umgesetzt werden, wenn der Landeshaushalt auf eine andere Einnahmehasis gestellt wird. Ansonsten rückt Niedersachsen immer tiefer in den Schuldenstaat. Wir brauchen dementsprechend einen deutlich verbesserten Steuervollzug in den Finanzämtern. Das haben wir in den Haushaltsdebatten bereits gesagt. Dadurch würde dem Haushalt eine dreistellige Millionen-summe zugute kommen. Wir haben weiterhin in der Haushaltsdebatte vorgeschlagen, dass sich die Landesregierung im Bundesrat und bei der Bundesregierung für die Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer einsetzen soll. Sie soll sich für die gerechte Besteuerung großer Erbschaften und schließlich für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer - nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer - einsetzen, deren Aufkommen anteilig auch den Ländern zugute kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrter Herr Bode, mit diesen Mitteln könnten Sie eine aktive Förderpolitik gestalten, den Unternehmen in der Krise helfen und Arbeitsplätze halten. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist möglich, man muss es nur wollen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Hagenah das Wort. Bitte!

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis zum 27. September letzten Jahres haben Niedersachsens CDU und FDP der heimischen Wirtschaft den Mund wässrig gemacht. Bis zur Bundestagswahl warb die Landesregierung in niedersächsischen Unternehmen offensiv um Stimmen für die Berliner Kollegen, und zwar mit der Ankündigung üppiger Wahlgeschenke. Fast ein Drittel der Betriebsinvestitionen sollte die öffentliche Hand als Förderung übernehmen, doppelt so viel wie in den Jahren zuvor.

Wer da nicht anbiss, war selber schuld. Das dachten sich Wirtschaftsförderer und Unternehmen in vielen Kommunen und griffen zu, viele von ihnen allerdings ins Leere; denn der Fördertopf war schon früh völlig überzeichnet. Ein großer Teil der Anträge mit einem Fördervolumen von über 65 Millionen Euro wurde inzwischen unerledigt nach 2010 geschoben. Das ist sogar mehr als Mittel in 2010 überhaupt zur Verfügung stehen. Das aber offenbarte die Landesregierung natürlich erst weit nach der Bundestagswahl.

So viel zur Offenheit und Ehrlichkeit. Was die Regierung Wulff hier betrieben hat, ist ein klassischer Fall von Wählertäuschung.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Wer bis zum Jahresende einen Fördertopf bewirbt, obwohl längst vorher klar ist, dass alle Mittel ausgegeben sind, der hält andere bewusst zum Narren mit dem Ziel, seinen eigenen Vorteil aus der Täuschung zu ziehen. - Gut, den Vorteil haben Sie gehabt.

Was bleibt also? - Ein erneuter Vertrauensverlust für die Politik. Die Wirtschaft in Niedersachsen muss sich darauf einstellen, dass in diesem Jahr kein Geld mehr für aktuelle Anträge zur Verfügung steht. Das ist bitter, aber Fakt.

In dieser Analyse stimmen wir dem SPD-Antrag völlig zu. Was dann aber im folgenden Forderungspaket Ihres Antrages steht, ist weder seriös zu finanzieren noch durchdacht. Im Grunde genommen wollen Sie den Fehler aus 2009 wiederholen, die Mittel- und Förderansätze zu verdoppeln, ohne an die zusätzlichen Anträge zu denken, die bei solch einem lukrativen Angebot natürlich gestellt würden. Genau das hat doch zur Überzeichnung im vorigen Jahr geführt. Dabei vernachlässigen Sie, dass bereits jetzt rechnerisch alle Mittel durch Altanträge aus 2009 belegt sind.

Man kann einen Fehler nicht dadurch korrigieren, dass man ihn fortsetzt. Das ist aus unserer Sicht keine vernünftige Vorgehensweise. Vor allen Dingen haben wir nicht den Goldesel, der dieses Vorgehen finanzieren würde. Wir müssen uns auch bei der Wirtschaftsförderung - so leid es mir tut - an die sehr beschränkten finanziellen Realitäten, die Niedersachsen zur Verfügung stehen, anpassen. Steuererhöhungen passen da gar nicht.

Deshalb fordern wir Grüne wie der Landesrechnungshof schon seit Jahren, die Wirtschaftsförderung in Niedersachsen zu modernisieren. Wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen wollen wir auch für Niedersachsen erreichen, dass keine Geschenke mehr im großen Stil verteilt werden, Herr Bode, sondern dass die Mittel sinnvoll und nachhaltig an die Unternehmen verliehen werden und dass das Geld später bei florierenden Geschäften wieder in die Staatskasse zurückfließen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist gut!)

Ein solcher Kreislauf der Wirtschaftsförderung statt rasch verglühender Strohfeuer erhöht die Effizienz der Mittel und erhöht langfristig sogar die zur Verfügung stehende Summe deutlich. Wir brauchen zusätzlich auch ein besseres Qualitätsmanagement, damit nicht das passiert, was zurzeit in der EFRE- und ESF-Förderung in unserem Land wohl gang und gäbe ist. Ohne Sinn und Verstand verschleudern wir da immer wieder Geld für volkswirtschaftlich zweifelhafte Projekte. Man liest in den Listen von Friseurläden, die sich ein neues Logo zulegen wollten, oder von Autohäusern, die ihr Image aufpolieren und sich einen Marktvorteil gegenüber ihren Konkurrenten verschaffen wollten. Dafür ist EU-Geld wirklich zu schade, vor allen Dingen geschenktes.

Wir brauchen auch ein klareres Bekenntnis zur Förderung in Zukunftsbranchen. Die Bio- und die Effizienzwirtschaft z. B. werden allen Studien zufolge boomen. Wir sollten das alles als Standortvorteil nutzen und verstärkt Firmen in diesem Bereich unterstützen, die sich auf Umwelttechnik spezialisiert haben; denn das bringt sichere Arbeitsplätze und steigende Umsätze für morgen.

Aus unserer Sicht ist ein Bewusstseinswandel bei der Wirtschaftsförderung überfällig. Das Desaster bei der einzelbetrieblichen Förderung im letzten Jahr hat es noch einmal deutlich gemacht. Statt Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler brauchen

wir eine ganzheitliche und verantwortungsvolle Förderpolitik. Fangen Sie endlich damit an!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Hillmer. Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe diese Debatte sehr aufmerksam verfolgt und feststellen können, dass sich ein Konsens durch die Kritik im Einzelnen hindurchzieht, nämlich eine durchaus hohe Wertschätzung für die einzelbetriebliche Förderung und damit auch für die Dynamik, die durch private Investitionen in einem Land ausgelöst werden kann.

Ich glaube, dass dieser Konsens zu Recht besteht. Wir haben durch 172 Millionen Euro GRW-Mittel 1 Milliarde Euro Investitionen in 414 Unternehmen in diesem Land ausgelöst. Rechnerisch haben wir mit einem Euro rund 5 Euro mobilisiert. Vergleichen Sie das einmal mit unseren staatlich verausgabten Konjunkturmitteln, wo wir über 1 Milliarde Euro ausgegeben und diesen Faktor nicht ausgelöst haben. Obendrein ist es uns gelungen, 13 000 Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen. Das sind die Fakten. Das ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, was möglich ist, wenn man privaten Unternehmen Geld in die Hand gibt.

Das ist allerdings genauso möglich, wenn man es ihnen gar nicht erst aus der Hand nimmt, sondern günstige Abschreibungsmöglichkeiten schafft oder Steuern senkt. Deswegen sage ich Ja zu der Forderung der SPD „mehr Geld für die Unternehmen bereitstellen“, füge aber auch hinzu „oder es ihnen gleich lassen“, aber bitte nicht finanziert aus einer Steuererhöhung, wie es die Linken gerade wieder vorgeschlagen haben. Das heißt doch nur „linke Tasche - rechte Tasche“ mit einem riesigen Schwundfaktor.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Nein! - Pia-Beate Zimmermann [LINKE]: Hören Sie doch einmal zu!)

Wir brauchen Einsparungen an anderer Stelle, z. B. bei staatlichen Ausgaben. Wir erwarten dazu auch Ihre Vorschläge in der Ausschussberatung.

Im Jahr 2009 ist sicherlich nicht alles gut gelaufen. Ich stehe hier nicht, um etwas schönzureden oder

zu verteidigen. Ich selbst habe viele Anträge in meinem Wahlkreis begleitet. Dabei habe ich Antragsteller gesehen, die sehr kühn und zum Teil mutig und sogar ermuntert von kommunalen Wirtschaftsförderern schon ohne Förderbescheid ihre Investitionen begonnen haben. Die meisten fühlen sich im Nachhinein bestätigt, weil sie eine Förderung bekommen haben. Aber es gibt auch dramatische Fälle, die nicht berücksichtigt wurden. Diese Unternehmen werden wir nicht im Stich lassen.

Meine Damen und Herren, ich habe aber auch so etwas wie Goldgräberstimmung gesehen, wo hohe Förderquoten kühne Pläne haben wachsen lassen. Hier müssen wir uns kritisch fragen, ob eine Investition nur noch deshalb unternehmerisch richtig ist, weil der Fördergeber, der Staat, das wirtschaftliche Risiko weitestgehend übernimmt.

(Heinrich Aller [SPD]: Das ist doch nichts Neues!)

Wir müssen erkennen, dass nicht jeder förderfähige Antrag gleichermaßen förderwürdig ist. Förderung auf Zuruf nach dem Motto „jeder Antrag wird bewilligt“ wäre auch nicht das richtige Signal. Gerade bei hohen Förderquoten ist es eine besondere Herausforderung für die Wirtschaftsförderung, die Spreu vom Weizen zu trennen. Mein Eindruck ist, dass im Fördertopf ausnahmslos - um im Bilde zu bleiben - Weizen gelandet ist, dass aber darum herum noch etliche gute Weizenkörner in der Spreu liegen.

Ich komme zu der Frage, die Sie in Ihrem Antrag auch problematisieren: Ist in der zeitlichen Abfolge etwas falsch gelaufen? Hätte früher gebremst werden können oder müssen? - Ich rufe in Erinnerung, dass das erste Quartal der Wirtschaftsförderung mit unerwartet wenigen Anträgen abgeschlossen worden ist. Lange Zeit war es überhaupt nicht sicher, ob diese auf 150 Millionen Euro erhöhte GRW-Mittel-Bereitstellung überhaupt mit genehmigungsfähigen Anträgen belegt werden könnte. Mir ist keine Aufforderung im Sommer bekannt.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich hatte bei Ihrer Antragstellung erwartet, Sie würden Belege dafür vorlegen, dass seitens der NBank bzw. des Ministeriums dazu aufgefordert worden sei, im Sommer - Juni, Juli oder August - noch zusätzliche Anträge zu stellen.

(Zuruf von Frauke Heiligenstadt [SPD])

Ich kenne Schreiben aus Unternehmen, die aufgefordert wurden, ihre Anträge zum September zu

vervollständigen. Aber ich kenne kein Schreiben - bitte legen Sie eines vor; das wäre auch für die Ausschussberatung interessant -, mit dem Unternehmen durch offizielle Stellen ermuntert worden sind, noch, wie Sie mutmaßen, vor der Bundestagswahl Anträge zu stellen. Ich kenne so etwas nicht und bin enttäuscht, dass Sie so etwas heute nicht vorgelegt haben.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Kollege Hillmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möhrmann und anschließend eine von Frau Emmerich-Kopatsch?

Jörg Hillmer (CDU):

Ja, bitte!

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass allein im Landkreis Soltau-Fallingb. drei Anträge nicht bewilligt worden sind? Wir haben heute Morgen zusammen mit Ihrem Kollegen von Danwitz mit dem zuständigen Ministerium über einen Fall gesprochen, in dem der Antrag bereits aus dem Jahre 2006 stammt, eine Förderung nach den neuen Kriterien auch im Jahre 2010 nicht möglich ist und es aufgrund der Summe wahrscheinlich auch im Jahre 2011 nicht zur Auszahlung kommen wird. Was soll dieses Unternehmen, das mit der Investition schon begonnen hat, nach Ihrer Auffassung tun?

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Die sollen Geld verdienen!)

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Möhrmann, dieser Vorgang ist mir selbstverständlich nicht bekannt - das haben Sie wohl auch nicht erwartet -, aber ich kenne ebenfalls Unternehmen - vielleicht nicht in dieser Konstellation -, deren Anträge nicht bewilligt wurden. Ich werde in meiner Rede noch darauf zu sprechen kommen, wie wir mit denen umgehen müssen; ich will das jetzt nicht alles durcheinander bringen.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Emmerich-Kopatsch, bitte!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Kollege Hillmer, Ihre Ausführungen hören sich so an, als hätten die Unternehmen selbst Schuld daran, dass sie nicht gefördert worden sind. Uns sind aus dem Landkreis Goslar Fälle bekannt, in

denen es genau so war, wie es in dem Antrag der SPD-Fraktion beschrieben wird. Aus Gründen des Datenschutzes möchte ich darauf verzichten, sie öffentlich zu nennen. Aber die Behauptung, die Unternehmen wollten irgendetwas mitnehmen, würde ich zumindest für die Unternehmen in unserem Landkreis weit von mir weisen und auch im Namen der Unternehmen nicht zulassen.

Wenn Sie sagen, Ihnen sei nichts bekannt - ich wusste auch nicht, dass Förderanträge mit Ihnen persönlich besprochen werden -, so reden Sie ein bisschen aus dem blauen Dunst heraus. Vielleicht sollten wir das einmal am Rande des Plenums besprechen, bevor Sie hier den Eindruck erwecken, es wäre alles richtig gelaufen. Das ist mitnichten so.

(Zuruf von der CDU: Frage?)

Jörg Hillmer (CDU):

Ich habe nicht genau gehört, welche Frage Sie formuliert haben.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Die Frage war, ob Sie dem zustimmen, was Sie gesagt hat!)

Ich kenne auch die Anträge aus Ihrem Wahlkreis nicht.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Wollen Sie noch mehr Beispiele hören?)

- Nein. Ich kenne zu einem guten Teil die Anträge, die aus meinem Bereich kommen. Ich habe Ihnen beschrieben, was ich gesehen habe. Da hat es durchaus das gegeben, was ich als Goldgräberstimmung beschrieben habe. Es gab sehr hohe Fördersätze; das habe ich gesehen. Ich gebe den Unternehmen auch nicht die Schuld, wenn eine Förderung nicht bewilligt wird.

Ich will jetzt darauf zurückkommen, wie wir mit den Anträgen, die offengeblieben sind, umgehen müssen.

Zuvor möchte ich aber gern noch ausführen, warum ich es für falsch gehalten hätte, bereits vor dem angekündigten Endtermin - das war der 20. oder 21. September - die Türen zuzumachen, selbst wenn man am 1. September gesehen hätte, dass die Zahl der beantragten Fördermittel höher sein wird als die zur Bewilligung zur Verfügung stehenden. Sie können nämlich niemals ausschließen - das wäre eine weitere Ungerechtigkeit gewesen, die Sie heute zu Recht anprangern würden -, dass jemand wegen Zeitablaufs ausge-

geschlossen wird, obwohl er einen hervorragenden Antrag, der mit der Schaffung vieler zusätzlicher Arbeitsplätze verbunden gewesen wäre, vorgelegt hätte. Das wäre in der Tat zu kritisieren.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Solche Beispiele haben wir auch!)

Kommen wir also zu der Frage: Was müssen wir 2010 tun? Wie müssen wir mit den offengebliebenen Anträgen umgehen?

Wir brauchen für alle Anträge einen Zugang zur Einplanung und müssen gemäß den neuen Förderkriterien dem Antragsteller die Möglichkeit geben, seinen Antrag zu modifizieren, um sich an diesen Kriterien neu auszurichten. Auch bei bisher unvollständigen Anträgen - davon gibt es eine ganze Reihe -, die zur Einplanungsrunde oder zum Stichtag 20. September nicht bewilligungsfähig waren, muss den Antragstellern die Möglichkeit gegeben werden, ihren Antrag zu vervollständigen.

Wir müssen die Förderkriterien vor Antragstellung bekanntgeben - das ist geschehen -; denn es ist einfach ein Gebot der Fairness, dem Antragsteller vorher einen Überblick darüber zu geben, ob sein Antrag bewilligungsfähig ist. Wenn jemand von vornherein absehen kann, dass er die Bewertungspunkte nicht erreicht, dann muss er sich überlegen, ob er überhaupt einen Antrag stellt; das muss man deutlich sagen. Denn es gilt auch in diesem Fall: Der bessere Antrag ist des guten Antrags Feind.

Die erste Einplanungsrunde brauchen wir sobald wie möglich, um den Unternehmen, die sich bereits in der Investitionsphase befinden oder nicht weiter warten können, Sicherheit zu geben. Ferner müssen wir in der Tat eine Bereitstellung zusätzlicher Mittel prüfen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, wenn wir in einem breiten Konsens mehr private Investitionen unterstützen. Wo ein so breiter Wille ist, wie ich ihn heute vernommen habe, wird auch in der Ausschussberatung ein Weg zu finden sein. Ich jedenfalls freue mich darauf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Als Nächster hat sich Herr Minister Bode gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön!

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Jahre 2009, also in der Wirtschafts- und Finanzkrise, genau die richtigen Impulse für ein investitionsfreundliches Klima in Niedersachsen gesetzt. Wir haben die Chance, die die Bundesregierung uns im Oktober 2008 gegeben hat, als sie nämlich durch das Konjunkturpaket I zeitlich begrenzt und befristet zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ angeboten hat, sehr gut genutzt. Genau dem Sinn und Zweck dieser Gemeinschaftsaufgabe entsprechend, haben wir die Bundesmittel mit insgesamt 60 Millionen Euro Landesmitteln gegenfinanziert. Damit es zum Erfolg kommen konnte, haben wir die Fördersätze für das Jahr 2009, und zwar - das war zu dem Zeitpunkt schon ganz klar - befristet auf ein Jahr, angeho-

ben. Was ist nun passiert? - Mit über 400 Unternehmen haben wir 70 % mehr Unternehmen gefördert als noch im Vorjahr. Wir haben ein Investitionsvolumen von über 1 Milliarde Euro ausgelöst und etwa 13 000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Das ist ein Erfolg, den wir uns von niemandem kaputtreden lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nun zu Ihrem Antrag. Die Landesregierung kann die Mittel aus der GRW-Förderung nicht im Alleingang aufstocken. Das Sonderprogramm war im Konjunkturpaket I auf das Jahr 2009 befristet. Im Jahre 2010 steht der Landesregierung das normale Fördervolumen mit dem üblichen Bundesanteil von ca. 30 Millionen Euro und unserer Gegenfinanzierung zur Verfügung. Wir haben keine Möglichkeit, den Bund zu einer Aufstockung des GRW-Anteils zu verpflichten. Wir haben natürlich Gespräche geführt. Der Bund hat aktuell eindeutig erklärt, dass es bei Finanzminister Schäuble keine Überlegung gibt, diese Mittel zu erhöhen.

(Ralf Briesse [GRÜNE]: Das wundert mich aber!)

Selbst wenn er es täte, könnten nicht wir als Landesregierung es gegenfinanzieren; vielmehr müssten Sie als Haushaltsgesetzgeber uns das Geld dafür zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man die Bundesregierung kritisieren - auch ich tue das - und sagen, dass bei den Impulsen, die sie im letz-

ten Jahr und im Jahre 2008 gesetzt hat, ein anderer Schwerpunkt sinnvoll gewesen wäre. Es wäre sinnvoll gewesen, mehr Geld für die Ankurbelung von Investitionen auszugeben, die nachhaltig und langfristig wirken, und weniger Geld für die Abwrackprämie. Das wäre richtig gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE])

Das ist aber nicht geschehen. Was haben wir jetzt getan, als die Situation da war? Es kam ja auch das Argument, dass wir sozusagen Sorge dafür tragen, dass Unternehmen in andere Bundesländer gehen. Ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: In Sachsen-Anhalt, das dabei immer im Fokus Ihrer Betrachtung steht, standen den GRW-Mitteln nicht genügend Investitionen gegenüber. Daher wurden Gelder zurückgegeben.

Wir haben uns im Dezember - dafür möchte ich mich beim Finanzminister bedanken - bei den Bundesländern, die gesagt haben, dass es bei ihnen noch Unternehmen gibt, die investieren wollen, darum beworben, die überschüssigen Gelder zu übernehmen. Wir haben 2 Millionen Euro aus dem Saarland bekommen. Herzlichen Dank dafür, dass wir das gegenfinanzieren konnten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben immer kommuniziert, dass die Erhöhung der Fördermittel auf das Jahr des Konjunkturpaketes befristet wurde. Es ist den Antragstellern bekannt gewesen, dass dafür im Jahre 2009 eine Bewilligung erteilt werden musste.

Nun zu dem Vorwurf, man hätte wegen der Bundestagswahl auch im September und danach noch für neue Anträge geworben. Ich weise das entschieden zurück. Ich habe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses dazu befragt, ob sie, nachdem bekannt war, dass die in diesem Topf zur Verfügung stehenden Mittel bereits durch Anträge überbelegt waren, noch weiter aktiv Werbung für weitere Investitionen bzw. zum Vorziehen von Investitionen etc. gemacht haben. Das ist ja der Vorwurf, den Sie immer erheben. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben mir versichert, dass sie dies nicht getan haben.

Es gibt auch keine Schriftstücke oder Ähnliches - deshalb können Sie so etwas auch nicht vorweisen -, mit denen sich der Vorwurf, den Sie in den Raum stellen, belegen lässt. Vielmehr ist das Gegenteil richtig: Es hätte vor Ort bekannt sein kön-

nen bzw. sogar bekannt sein müssen, dass das Antragsvolumen die zur Verfügung stehenden Mittel weit überschreitet.

Ich will Ihnen auch sagen, warum ich davon überzeugt bin, dass diese Aussage richtig ist. Im August war ich nämlich noch Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das waren noch Zeiten!)

Zu dieser Zeit - im August, also noch vor der Bundestagswahl - kam der Landrat des Landkreises Celle auf mich und auf den Kollegen Karl-Heinrich Langspecht zu und hat berichtet, die Wirtschaftsförderung habe vom Land erfahren, dass die Mittel der GRW in diesem Jahr nicht ausreichen würden. Er hat uns gebeten, uns für einen von ihm als besonders wichtig angesehenen Förderantrag einzusetzen, damit er noch in diesem Jahr berücksichtigt wird; sonst würde es nämlich nicht ausreichen.

Das heißt für mich: Wenn der Landrat des Landkreises Celle von seiner Wirtschaftsförderung und damit vom Land Niedersachsen erfahren hat, dass die Mittel nicht ausreichen, dann musste dies auch an anderen Stellen vor Ort bekannt sein, meine Damen und Herren. - Damit Herr Will jetzt nicht den Vorwurf einer Förderung nach Gutsherrenart erhebt, will ich noch sagen: Der Fall, um den es sich dabei handelte, ist im Jahr 2009 nicht beschieden und nicht vorgezogen worden. Er wird genauso wie alle anderen Fälle ebenfalls im Jahr 2010 behandelt.

Ich komme zu dem zweiten Vorwurf der SPD, nämlich dem, dass die Qualitätskriterien, die Punktekataloge nicht richtig und nicht sinnvoll seien. Dieser Vorwurf wundert mich sehr, Herr Jüttner. Wissen Sie eigentlich, wer die Förderkriterien mit dem Punktekatalog eingeführt hat? - Das war damals, 2001, Gerhard Schröder, gemeinsam mit seiner Ministerin Knorre.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Da war der schon nicht mehr hier, da war er schon in Berlin! - Zuruf von der SPD: Da war er schon Kanzler!)

- Entschuldigung, dann war es der Nachfolger von Herrn Schröder.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Der Nachfolger war da auch schon nicht mehr da!)

- Das waren ja mehrere. Da weiß man nicht so genau, wer gerade als Ministerpräsident agiert hat.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich kann Ihnen da gern helfen!)

Jedenfalls war es Frau Knorre, die dieses Verfahren in der SPD-Regierungszeit eingeführt hat.

Es macht aber auch durchaus Sinn, dass man mit Qualitätskriterien an die Sache herangeht. Deshalb bin ich Herrn Hagenah auch dankbar, dass er das hier einfordert. Aber so machen wir das auch. Wir haben im Jahr 2010 die Qualitätsanforderungen und die Scoringliste sogar um besondere Investitionen im Umweltschutzbereich, im Nachhaltigkeitsbereich, für besonders innovative Dinge ergänzt und vergeben Sonderpunkte im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Meine Damen und Herren, wir tun alles, um für die Unternehmen Klarheit zu schaffen. Die Unternehmen, die nicht berücksichtigt werden können, weil die Fördergelder nicht ausreichen, werden jetzt Klarheit bekommen. Wir lassen sie nicht im Regen stehen. Ihnen werden alle Unterstützungsprogramme, die möglich sind, zur Verfügung gestellt, und sie werden von der NBank entsprechend beraten.

Ich komme nun zu Ihrer Forderung, man solle jetzt umstellen und andere Kontrollmechanismen einrichten. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Das System des Scorings und der Qualitätsbetrachtung, das damals noch von der SPD eingeführt worden ist, ist richtig und macht Sinn, weil man dann nämlich nicht nach Gutsherrenart fördert, sondern nach der Qualität der Anträge. Genauso sind wir verfahren und werden wir auch zukünftig verfahren.

Allerdings muss klar sein, dass dies ein aus Steuergeldern finanziertes Subventionsprogramm für die Ankurbelung von Investitionen ist. Deshalb ist es nicht nur legitim, sondern auch rechtsstaatlich erforderlich, dass die Förderanträge von der Landesregierung überprüft werden. Dies ist Ausdruck der Fachaufsicht, den die Landesregierung in dieser Frage über die NBank ausübt. Alle Anträge werden unabhängig davon, wie umfangreich sie sind, nach demselben Verfahren bearbeitet und geprüft und unterliegen letztendlich der Entscheidung der hierfür zuständigen Landesregierung.

Meine Damen und Herren, zur Forderung nach einer Evaluierung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung kann ich Ihnen nur sagen: Das ist richtig. Das brauchen Sie aber nicht zu beschließen, weil es nämlich bereits jetzt Bestandteil der Regelungen und des Koordinierungsrahmens ist

und bereits für alle Bundesländer vorgeschrieben ist.

Meine Damen und Herren, wir hatten ein erfolgreiches Jahr 2009, was die Ankurbelung von Investitionen angeht. Wir haben sehr viel auf den Weg gebracht. Ich bedanke mich bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie bei allen Abgeordneten hier im Hause, die mit dazu beigetragen haben, bei den kommunalen Wirtschaftsförderern und bei der NBank, dass die Investitionen losgetreten werden konnten. Ich bitte Sie, gemeinsam dafür zu sorgen, dass wir für diejenigen, die nicht berücksichtigt werden konnten, jetzt vernünftige Lösungen im Gespräch mit der NBank und den Kreditinstituten vor Ort finden, damit auch diese Investitionen losgehen können. Wir werden alle Mittel, die es gibt, im Jahr 2010 weiterhin auf zukunftsorientierte Investitionen ausrichten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Minister, der Kollege Lies möchte noch eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie diese zulassen?

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Nur zu!

Olaf Lies (SPD):

Herr Minister, eine Frage: Mir ist noch nicht klar, wie wir den Unternehmen vor Ort, die im Punkte-schema gänzlich gleich wie vergleichbare Unternehmen abgeschnitten haben, aber keinen Zuschlag erhalten haben, jetzt erklären, wie sie jetzt ihre begonnenen Investitionen fortführen sollen. Was ist also die Antwort, die Sie diesen Unternehmen konkret geben?

Zweite und viel entscheidendere Frage: Kann ich hier aus Ihrer Rede mitnehmen, dass Sie den Wirtschaftsförderern vor Ort vorwerfen, dass sie sich rechtzeitig beim Land hätten informieren können oder die Information sogar hatten? Sie haben auf den Landrat des Landkreises Celle verwiesen. Damit wären einige Anträge gar nicht mehr nötig gewesen. Habe ich es richtig verstanden, dass ich den Wirtschaftsförderern in meiner Region sagen kann, dass der Minister des Landes Niedersachsen ihnen die Schuld dafür gibt, dass wir Unternehmen haben, deren Anträge nicht bewilligt wurden?

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ich fange mit der ersten Frage an. Wenn es sich um ein Unternehmen handelt, das einen gleichen Punktwert auf der Scoringliste hatte wie ein anderes, aber nicht berücksichtigt worden ist, müssten wir uns diesen Fall einmal genau anschauen. Ich glaube nämlich nicht, dass dem so ist. Nach meinem letzten Kenntnisstand waren wir auf einem Punktelevel angekommen, wo wir solche Differenzen bei gleichen Punktezahlen nicht mehr hatten. Wir können uns das natürlich individuell anschauen. Aber hier in der Öffentlichkeit geht das nicht, weil diese Dinge auch dem Datenschutz unterliegen. Ich darf das hier also so nicht sagen.

Meine Damen und Herren, zu der zweiten Frage. Nein, Herr Lies, das können Sie so natürlich nicht mitnehmen. Das war nicht die Intention. Ich wollte Ihnen nur sagen, dass die Vorwürfe, die Sie erhoben haben, dass es vor Ort nicht bekannt sein konnte, und wir als Landesregierung weiterhin offensiv für weiteres Engagement geworben haben, so nicht zutreffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir können natürlich nicht für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter, auch der NBank, ausschließen, dass im Einzelfall auch einmal etwas Falsches gesagt worden ist. Das hat es bei so vielen, die hierbei tätig sind, sicherlich gegeben, auch Dinge, die besser hätten gemacht werden können. Das will ich ja gar nicht bestreiten.

Allerdings konnte bekannt sein, wie die wahrscheinlichen Abrufhöhen bei den Bewilligungen waren. Das ist schlicht und ergreifend der Tatsache geschuldet, dass wir Pressemitteilungen veröffentlicht haben, die auch Abgeordnete bekommen haben und in denen jeweils stand, wie viele Gelder belegt und bewilligt waren. Ich habe ein Beispiel genannt, dass Informationen tatsächlich auch in die andere Richtung weitergegeben worden sind, dass sich der Topf dem Ende zuneigt, sodass es keine komplette Ahnungslosigkeit geben musste. Diesen Vorwurf, verbunden mit dem Vorwurf, die Landesregierung habe das noch bestärkt, weise ich zurück.

Ich sage auch ganz eindeutig, dass ich für jeden Wirtschaftsförderer Verständnis habe, der sowohl vor als auch nach der Bundestagswahl den Unternehmen gesagt hat: Lass uns einen Antrag stellen, die Investition geht nur mit einem Zuschuss, aber sie ist so gut, dass wir sehr viele Arbeitsplätze

schaffen können. - Da wäre es doch fahrlässig zu sagen: Weil jetzt ein Monat vergangen ist und die Zeit im Jahr weiter fortgeschritten war, sollte man den Antrag nicht mehr stellen; denn auch dieses Unternehmen sollte die Gelegenheit haben, die Förderung zu erhalten. Deshalb war es richtig, bis zum Schluss Anträge anzunehmen, damit die Qualität bei der Entscheidung ganz oben steht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Minister hat seine Rede beendet. Trotzdem wollte ich ihn noch fragen, ob er eine Zwischenfrage von Frau Emmerich-Kopatsch gestattet.

(Zurufe von der CDU: Nein! - Gegenruf von Olaf Lies [SPD]: Entscheidet das die andere Seite?)

- Das entscheidet der Minister. - Der Minister hat sich dagegen entschieden.

(Minister Jörg Bode: Ich kann das mit Frau Emmerich-Kopatsch bei einem Kaffee draußen besprechen!)

Frau Emmerich-Kopatsch, das war eine Einladung zum Kaffeetrinken vom Herrn Minister. Das können Sie dann wahrnehmen.

Jetzt sind wir, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, am Ende der Beratung.

Damit kommen wir zur Ausschussüberweisung. Federführend soll sich der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit dem Antrag befassen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann ist so beschlossen worden.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 16:**

Weiterentwicklung aller berufsbildenden Schulen in Niedersachsen zu regionalen Kompetenzzentren - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2021

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes entfällt, nachdem die antragstellenden Fraktionen den Antrag auf Durchführung einer ersten Beratung im Plenum zurückgezogen haben.